



Castrop
Rauxel

Stadt Castrop-Rauxel
Der Bürgermeister

Bereich Immobilienmanagement
Rathaus, Europaplatz 1
44575 Castrop-Rauxel

Immobilien-management@castrop-
rauxel.de

Zwischen
der **Stadt Castrop-Rauxel**
Bereich 60 - Immobilienmanagement -
vertreten durch den Bürgermeister
Europaplatz 1, 44575 Castrop-Rauxel
- nachstehend „Auftraggeberin“ genannt -

Und dem

Erfolgreichen Bieter
- nachstehend „Auftragnehmer“ genannt -

wird folgender

Stromliefervertrag

geschlossen:

§ 1

Liefer-, Abnahmeverpflichtung und Eigenversorgung

1. Der Stromliefervertrag ist ein Kaufvertrag über elektrische Energie. Er versteht sich inkl. der notwendigen Netznutzung und Messung sowie Abrechnung, die dem Teilnehmer nach den jeweils veröffentlichten und genehmigten Tarifen des zuständigen Versorgungsbetreibers gesondert ausgewiesen in Rechnung zu stellen ist.
2. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die Abnahmestellen gemäß der zugehörigen Abnahmestellenliste mit elektrischer Energie ausschließlich aus erneuerbaren Energien (Ökostrom) nach Maßgabe dieses Vertrages zu versorgen.

Ökostrom ist Strom, der in Anlagen erzeugt wird, die ausschließlich erneuerbare Energien nutzen, einschließlich Strom aus Speicherkraftwerken abzüglich des Eigenverbrauches und der Verluste (ohne Pumpstrom) sowie abzüglich des nicht erneuerbaren Anteils am Pumpstrom.

Erneuerbare Energien sind Wasserkraft einschließlich der Wellen-, Gezeiten-, Salzgradienten- und Strömungsenergie, Windenergie, solare Strahlungsenergie, Geothermie, Energie aus Biomasse im Sinne der deutschen Biomasseverordnung einschließlich Biogas, Biomethan, Deponiegas und Klärgas.

Der eingesetzte Ökostrom muss auf eindeutig beschriebene und identifizierbare Quellen zurückgeführt werden können. Der Auftragnehmer muss eine zeitlich bilanzierte Lieferung von Strom aus erneuerbaren Energien gewährleisten. Bei einer zeitlich bilanzierten Lieferung muss die Energiebilanz (erzeugter und verkaufter Strom) innerhalb eines Kalenderjahres ausgeglichen sein. Unzulässig ist eine Doppelvermarktung des gelieferten Ökostroms.

Der Auftragnehmer hat ohne gesonderte Aufforderung durch die Auftraggeberin innerhalb von 4 Monaten nach Ablauf des jeweiligen Lieferjahres die Lieferung von Ökostrom mit Herkunftsnachweisen des Herkunftsnachweisregisters (HKNR) oder vergleichbaren Nachweisen zu belegen.

Um zusätzliche Impulse für eine verstärkte Nutzung erneuerbarer Energieträger zu setzen hat der Auftragnehmer entsprechend der an die Auftraggeberin gelieferten Strommenge einen Betrag von netto 0,2 Ct/kWh zur Förderung des Ausbaus von erneuerbaren Energien zu investieren. Die Förderbeträge sind zeitnah einzusetzen. Hierzu legt der Auftragnehmer innerhalb von 2 Monaten nach Ablauf des jeweiligen Lieferjahres einen Förderplan vor, aus dem die Verwendung der Förderbeträge hervorgeht.

3. Vorübergehend angeschlossene Anlagen, z. B. Baustrom, Festplatz u. ä. sind nicht Vertragsgegenstand.
4. Der Auftragnehmer hat auf Basis des Energiewirtschaftsgesetzes mit allen betroffenen Netzbetreibern die erforderlichen Vereinbarungen zur Sicherstellung von Durchleitungsrechten und Systemdienstleistungen, die zur Erfüllung dieses Vertrages notwendig sind,

zu treffen. Der Abschluss von Netzanschluss- oder von Netzanschlussnutzungsverträgen obliegt dem Auftraggeber, soweit dies erforderlich ist, und nicht aufgrund der Niederspannungsanschlussverordnung (NSAV) entbehrlich ist.

5. Die Auftraggeberin ist befugt, die in der Abnahmestellenliste genannten Abnahmestellen zu ändern, wenn weitere Abnahmestellen hinzukommen oder bestehende Abnahmestellen z. B. durch Stilllegung oder Veräußerung wegfallen. Die Auftraggeberin teilt dem Auftragnehmer möglichst vor Beginn der Belieferung mit elektrischer Energie die technischen und die wirtschaftlichen Daten sowie den jeweiligen Lieferbeginn für die neuen Abnahmestellen schriftlich mit. Der Auftragnehmer kann die Belieferung neuer Abnahmestellen nur verweigern, wenn die Belieferung dem Auftragnehmer wirtschaftlich unzumutbar wäre. Fallen Abnahmestellen weg, informiert die Auftraggeberin den Auftragnehmer schriftlich möglichst vor Beendigung des Strombezugs hierüber.
6. Neu hinzukommende Verbrauchseinrichtungen des Auftraggebers werden nach den Konditionen des Stromliefervertrages mitversorgt. Es bestehen keine Mehr- bzw. Minderungenregelungen. Die Auftraggeberin hat die tatsächliche Abnahmemenge auf Grundlage der Preisangaben dieses Vertrages zu vergüten.
7. Der Auftragnehmer erklärt sich bereit, auf Verlangen für einzelne Abnahmestellen auch höhere Leistungen bereitzustellen. Bei einer Erhöhung der bereitgestellten Leistung über den technisch möglichen Rahmen des Netzanschlusses hinaus, obliegt es der Auftraggeberin die entsprechenden Klärungen mit dem Netzbetreiber vorzunehmen. Dies gilt auch für den Abschluss oder die Änderung eines Netzanschlussvertrages oder eines Netzanschlussnutzungsvertrages.
8. Die Auftraggeberin ist berechtigt, bestehende oder in Planung befindliche Eigenerzeugungsanlagen zu betreiben und ihren Strombedarf daraus teilweise zu decken. Während der Vertragslaufzeit wird die Auftraggeberin die erstmalige Inbetriebnahme einer neuen oder vorhandenen Eigenerzeugungsanlage unter Angabe von Standort und Leistung dem Auftragnehmer rechtzeitig, mindestens einen Monat im Voraus, bekannt geben. Änderung des Standortes oder der Leistung der Eigenerzeugungsanlage wird die Auftraggeberin dem Auftragnehmer rechtzeitig, mindestens einen Monat im Voraus, bekannt geben.
9. Entscheidet sich die Auftraggeberin, gemeinsam mit einem Partner ein Energy-Sharing-Modell auf Basis eines Subbilanzkreismodells zu integrieren, ist der Auftragnehmer verpflichtet, dieses Vorhaben technisch und organisatorisch zu unterstützen. Dies umfasst insbesondere die Offenlegung und Bereitstellung der hierfür erforderlichen Systemchnittstellen sowie die Unterstützung bei der Integration in die bestehenden Systeme der Auftraggeberin oder eines von ihr benannten Partners. Hierzu gehören insbesondere, jedoch nicht abschließend, die Integration eines Subbilanzkreises, der Abruf und die Verarbeitung von Smart-Meter-Daten sowie Standardlastprofilen über geeignete Energiedatenmanagementschnittstellen sowie die Anbindung an Abrechnungs- und ERP-Systeme. Der konkrete Umfang der hierfür erforderlichen Leistungen sowie gegebenenfalls entstehende zusätzliche Aufwände werden zwischen den Parteien gesondert vereinbart.

10. Als Lieferstelle gilt die Eigentumsgrenze zwischen dem Netz des örtlichen Netzbetreibers und der jeweiligen Abnehmeranlage. Die Einspeisung erfolgt für die Abnahmestellen jeweils auf der Versorgungsspannungsebene wie in der Abnahmestellenliste aufgelistet. Die Stromart ist Dreh-/Wechselstrom mit einer Nennfrequenz von 50 Hz.
11. Der Auftragnehmer kann sich zur Erfüllung seiner vertraglichen Pflichten, insbesondere hinsichtlich der Netzinanspruchnahme und sonstiger Netzdienstleistungen, Dritter als Erfüllungsgehilfen bedienen.
12. Der Auftragnehmer und der Netzbetreiber sowie der Messstellenbetreiber als Vertragspartner des Auftragnehmers sind berechtigt, die Grundstücke zum Betrieb und zur Instandhaltung der notwendigen Anschluss- und Systemeinrichtungen bis zur entsprechenden Lieferstelle zu betreten und kostenlos zu nutzen. Dieses Recht entfällt, wenn die Inanspruchnahme der Grundstücke die Auftraggeberin mehr als notwendig oder in unzumutbarer Weise belastet.

§ 2

Haftung

1. Beide Vertragsparteien haften einander nach den gesetzlichen Bestimmungen.
2. Im Falle einer Unterbrechung oder einer Unregelmäßigkeit in der Elektrizitätsversorgung ist der Auftragnehmer von der Leistungspflicht befreit, soweit es sich um Folgen einer Störung des Netzbetriebs einschließlich des Netzanschlusses handelt. Die Auftraggeberin kann Ansprüche wegen einer Unterbrechung oder bei einer Unregelmäßigkeit gegenüber dem Netzbetreiber geltend machen.

§ 3

Höhere Gewalt, Unterbrechung der Strombelieferung

1. Liefer- und Abnahmehindernisse infolge höherer Gewalt entbinden die Vertragspartner für die Dauer des Ereignisses von der Erfüllung der Vertragspflichten. Darunter fallen insbesondere Naturkatastrophen, Krieg, Pandemien, Epidemien, Arbeitskampfmaßnahmen, Brände u.ä. Für vom Auftragnehmer nicht zu vertretende Gründe, wie z. B. fehlende Rohstoffversorgung und sonstige Fälle höherer Gewalt, gilt gleiches.
2. Der an der Erfüllung des Vertrages gehinderte Vertragspartner ist verpflichtet, den anderen unverzüglich unter Darlegung der ihn an der Erfüllung des Vertrages hindernden Umstände zu unterrichten.
3. Der Auftragnehmer ist berechtigt, die Strombelieferung ohne vorherige Ankündigung zu unterbrechen oder durch den Netzbetreiber unterbrechen zu lassen, wenn die Auftraggeberin in nicht unerheblichem Umfang gegen die Bestimmung des Stromliefervertrages schuldhaft zuwiderhandelt und die Unterbrechung erforderlich ist, um

- eine unmittelbare Gefahr für die Sicherheit von Personen und Anlagen abzuwenden,
 - den Gebrauch elektrischer Energie unter Umgehung, Beeinflussung oder vor Anbringung der Messeinrichtung zu verhindern oder
 - zu gewährleisten, dass Störungen anderer Kunden oder störende Rückwirkungen auf Einrichtungen des Netzbetreibers ausgeschlossen sind.
4. Der Auftragnehmer hat die Unterbrechung der Strombelieferung unverzüglich zu beenden, sobald die Gründe für die Unterbrechung entfallen sind.

§ 4

Rechnungs- und Zahlungsbedingungen, Abrechnung

1. Rechnungsjahr und Lieferjahr ist das Kalenderjahr.
2. Die Auftraggeberin kann jederzeit dem Auftragnehmer für jede Abnahmestelle gemäß der zugehörigen Abnahmestellenliste einen von der Auftraggeberin abweichenden Rechnungsempfänger benennen. Wird kein abweichender Rechnungsempfänger benannt, erfolgt die Abrechnung gegenüber dem Auftraggeber.
3. In den Rechnungen sind alle abrechnungsrelevanten Kostenbestandteile gemäß § 5 aufzuführen. Eine getrennte Rechnungsstellung, z. B. für die Netzentgelte, ist nicht zulässig.
4. Für Abnahmestellen, die monatlich vom Netzbetreiber bzw. vom Messstellenbetreiber abgelesen werden, ist jeweils eine monatliche Rechnung auf der Grundlage der monatlich gemessenen Verbrauchsdaten zu erteilen. In der Monatsabrechnung sind die Verbrauchsmenge und die Höchstleistung aufzuführen.
5. Für Abnahmestellen, die jährlich vom Netzbetreiber abgelesen werden, ist jeweils eine Jahresrechnung bezogen auf das Rechnungsjahr zu erteilen. Die Auftraggeberin zahlt quartalsweise Abschlagsbeträge auf Grundlage der Vorjahresverbrauchswerte jeweils zur Mitte eines Quartals (15.02. 15.05., 15.08. und 15.11.). Abschlagsforderungen sind in Form von Listen, mit jeweils allen einzelnen objektbezogenen Daten versehen, zu übergeben. Jedes Objekt erhält einen eigenen Abschlagsplan.
6. Für die Jahresrechnung werden die Ablesedaten des Netzbetreibers bzw. des Messstellenbetreibers verwendet. Liegen diese nicht für das Ende des Rechnungsjahres (31.12.) vor, ist eine Abschätzung entsprechend den üblichen Regelungen vorzunehmen. Schätzwerte sind als solches zu kennzeichnen. Werden von der Auftraggeberin Ablesedaten zur Verfügung gestellt, sind diese, anstatt der abgeschätzten Werte zu verwenden.
7. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, der Auftraggeberin kostenlos eine Sammelrechnung bzw. Sammelaufstellung für die einzelnen Objekte mit bestimmten Kriterien wie Kostenstellen (kommunales Finanzmanagementsystem), sowie den dazugehörigen objektbezogenen Vertragsnummern, Objektnamen etc. (nach Absprache mit dem Auftraggeber) zu erstellen. Die hierzu notwendigen Spezifikationen werden nach Beauftragung vor Lieferbeginn rechtzeitig abgestimmt.

8. Die Rechnungen sind jeweils innerhalb von 4 Wochen nach Ende des Abrechnungszeitraums zu stellen. Die prüfbare Rechnung ist 30 Tage nach Rechnungseingang fällig. Die jeweilige Rechnung gilt dann als prüfbar, wenn alle abrechnungsrelevanten Verbrauchsdaten, alle Preisbestandteile und alle für die Zuordnung erforderlichen Angaben aufgeführt sind. Die Zahlung hat gebührenfrei und ohne jeden Abzug auf ein Konto des Auftragnehmers zu erfolgen. Ergibt die endgültige Abrechnung Rückzahlungsansprüche des Auftraggebers, so sind diese innerhalb von 30 Tagen nach Rechnungseingang gebührenfrei, ohne jeden Abzug zu überweisen. Die Auftraggeberin wird die dazu erforderlichen Angaben übermitteln.
9. Bis zum 31. Januar des dem Lieferjahr folgendem Jahr stellt der Auftragnehmer der Auftraggeberin die Rechnungsdaten aus den Jahresrechnungen und den Monatsrechnungen zum Zwecke der Rechnungskontrolle, der Zahlungsabwicklung und Verbuchung zusätzlich in elektronischer Form zur Verfügung, um die elektronische Verarbeitung mittels Datenträger oder auf elektronischem Weg zum Zeitpunkt der jeweiligen Rechnungslegung zu gewährleisten. Die hierzu notwendigen Spezifikationen werden nach Beauftragung vor Lieferbeginn rechtzeitig abgestimmt.
10. Hinsichtlich der Datenbereitstellung verpflichtet sich der Auftragnehmer, statistische Größen für das vergangene Lieferjahr über Liefermengen und Preise (aufgeteilt nach einzelnen Preisgruppen und pro Monat) kostenlos zur Verfügung zu stellen, um der Auftraggeberin eine Transparenz hinsichtlich der Verbrauchsdaten, Entwicklung und für das kommunale Energiemanagement zu ermöglichen.
11. Bleiben bei den Rechnungen Meinungsverschiedenheiten, so ist dem Auftragnehmer gleichwohl der ihm unbestritten zustehende Betrag auszuführen.
12. Alle Zahlungen werden bargeldlos in EURO geleistet.
13. Bei Bietergemeinschaften werden Zahlungen mit befreiender Wirkung für die Auftraggeberin an den für die Durchführung des Vertrages bevollmächtigten Vertreter der Bietergemeinschaft oder nach dessen schriftlicher Weisung geleistet. Dies gilt auch nach Auflösung der Bietergemeinschaft.

§ 5

Preisgestaltung

1. Für die abgenommene Strommenge zahlt die Auftraggeberin einen Strompreis (Arbeitspreis für Energielieferung). Das jeweils gültige Preisblatt wird vor Beginn des Lieferjahres vom Auftragnehmer erstellt, unter Berücksichtigung der gemäß der Leistungsbeschreibung unter Ziffer 5. „Preisbildung“ getroffenen Festlegungen.
2. Die Arbeitspreise für Energielieferung enthalten keine Umlagen, Steuern oder sonstige Abgaben. Diese Kostenbestandteile werden durch den Auftragnehmer zusätzlich erhoben und sind bei der Rechnungslegung gesondert auszuweisen.
3. Die Preise für die Bereitstellung und Lieferung der elektrischen Energie verstehen sich frei Übergabestelle.
4. Zur Ermittlung der Kosten für die Netznutzung sind die jeweils gültigen Netzentgelte des zuständigen Netzbetreibers zu Grunde zu legen.
5. Für die Abnahmestellen sind die Aufschläge gemäß dem Gesetz für die Erhaltung, die Modernisierung und den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung (KWKG) in ihrer jeweils geltenden Höhe zusätzlich zu zahlen.
6. Für die Abnahmestellen ist der Aufschlag für besondere Netznutzung gemäß § 19 Abs. 2 StromNEV in der jeweils geltenden Höhe zusätzlich zu zahlen.
7. Für die Abnahmestellen ist die Wasserstoff-Umlage gemäß § 28r EnWG in der jeweils geltenden Höhe zusätzlich zu zahlen.
8. Für die Abnahmestellen ist die „Offshore-Netzumlage“ gemäß § 17f EnWG in Ihrer jeweils geltenden Höhe zusätzlich zu zahlen.
9. Die Erfassung und Abrechnung der Blindarbeit erfolgt zwischen dem Netzbetreiber und dem Auftragnehmer. Sofern der jeweilige Netzbetreiber aufgrund seiner Blindstromregelung und der dort festgelegten Freigrenzen einen Anspruch auf Vergütung geltend macht, können die Blindstromkosten der Auftraggeberin in Rechnung gestellt werden.
10. Soweit die Auftraggeberin mit dem Netzbetreiber einen Preisnachlass für den Eigenverbrauch vereinbart hat („Kommunalrabatt“ gemäß § 3 Abs. 1 Ziff. 1 der Konzessionsabgabenverordnung) und diese Preisnachlässe in den Rechnungen des Netzbetreibers für die Netznutzung aufgeführt werden, ist der Auftragnehmer verpflichtet, diese Preisnachlässe an die Auftraggeberin weiterzugeben.

§ 6

Messung

1. An den Abnahmestellen wird jeweils mittels geeichter Messeinrichtungen gemessen. Sofern an Abnahmestellen keine Messeinrichtungen installiert sind (z. B. Straßenbeleuchtung,

Lichtsignalanlagen), gelten die vom Netzbetreiber zugrunde gelegten Verbrauchswerte. Die Lieferung, Anbringung, Überwachung, Unterhaltung und Entfernung der Messeinrichtungen ist Aufgabe des Messstellenbetreibers. Der Messstellenbetreiber ist vom Auftragnehmer zu beauftragen, sofern die Auftraggeberin nicht eine hiervon abweichende Regelung gemäß den Bestimmungen des Energiewirtschaftsgesetzes trifft.

2. Jede Vertragspartei kann jederzeit schriftlich eine Nachprüfung der Messeinrichtungen durch das zuständige Eichamt oder eine andere behördlich zugelassene Dienststelle verlangen. Ergibt die Überprüfung keine über die gesetzlichen Fehlergrenzen hinausgehende Abweichung so trägt der Antragsteller die Kosten der Prüfung. Das Ergebnis der Prüfung ist für beide Teile bindend.
3. Ergibt ein Nachprüfen der Messeinrichtung ein Überschreiten der gesetzlichen Verkehrsfehlergrenzen oder werden Fehler an der Messeinrichtung (Defekte, Anschlussfehler usw.) oder in der Ermittlung der gelieferten Energie (z. B. falscher Faktor) festgestellt, so wird der zu viel oder zu wenig berechnete Betrag erstattet bzw. nachentrichtet. Ist die Höhe des Fehlers nicht einwandfrei festzustellen oder zeigt eine Messeinrichtung nicht an, so ermittelt der Auftragnehmer den Verbrauch seit der letzten fehlerfreien Ablesung anhand des jeweiligen Durchschnittsverbrauchs der vorangegangenen zwei Ablesezeiträume.
4. Ansprüche nach Ziffer 2 sind auf den der Feststellung des Fehlers vorhergehenden Ablesezeitraum beschränkt, es sei denn die Auswirkung des Fehlers kann über einen größeren Zeitraum festgestellt werden; in diesem Fall ist der Anspruch auf längstens drei Jahre beschränkt.
5. Im Übrigen unterliegen die Messeinrichtungen den Regelungen der Verordnung über den Zugang zu Elektrizitätsversorgungsnetzen (StromNZV) und der Verordnung über Allgemeine Bedingungen für den Netzanschluss und dessen Nutzung für die Elektrizitätsversorgung in Niederspannung (NAV).

§ 7

Steuer und Abgabenklausel

Soweit künftig weitere Energiesteuern, eine CO-Steuer oder sonstige die Beschaffung, Übertragung, Verteilung, Durchleitung, Netznutzung oder sonstige den Verbrauch von elektrischer Energie belastende Steuern, öffentliche Abgaben irgendwelcher Art oder sonstige sich aus gesetzlichen Bestimmungen ergebende, die Beschaffung, Übertragung, Verteilung, Durchleitung, Netznutzung oder den Verbrauch von elektrischer Energie betreffende Belastungen wirksam werden sollten, werden diese in der jeweiligen Höhe von der Auftraggeberin getragen.

§ 8 Vertragslaufzeit

1. Der Stromliefervertrag tritt mit der Zuschlagserteilung in Kraft.
2. Lieferbeginn ist der 01.01.2027.
3. Der Stromliefervertrag hat eine Erstlaufzeit bis zum 31.12.2028. Der Vertrag kann zweimal um jeweils ein Jahr verlängert werden. Die Verlängerung wird wirksam, wenn die Auftraggeberin bis spätestens zum 31.03. des dem Lieferjahr vorausgehenden Kalenderjahres die Verlängerung schriftlich anfragt und der Auftragnehmer innerhalb von 14 Tagen nach Eingang der Vertragsverlängerung zustimmt.
4. Der Vertrag endet spätestens am 31.12.2030.
5. Das Recht zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund bleibt hiervon unberührt. Ein solcher liegt insbesondere vor, wenn der Auftragnehmer in nicht unerheblichem Umfang gegen die Bestimmungen des Stromliefervertrages schuldhaft zuwiderhandelt.

§ 9 Vertragsstrafe

1. Der Auftragnehmer verpflichtet sich für den Fall, dass er die Anforderungen gemäß § 1 Ziffer 2 dieses Vertrages oder die mit Abgabe der in der Anlage 1 der Leistungsbeschreibung Angebots- und Preisblatt gemachten Zusagen zu den Serviceleistungen und dem Einsatz des Förderbetrags nicht erfüllt, für jeden Fall der insoweit nicht gehörigen Vertragserfüllung eine Vertragsstrafe in Höhe von 10 % des Stromrechnungsbetrages brutto für jeden vollendeten Liefermonat, in dem die Anforderungen gemäß § 1 Ziffer 2 dieses Vertrages oder die mit Abgabe des Angebots gemachten Zusagen zu den Serviceleistungen und dem Einsatz des Förderbetrags nicht erfüllt wurden, an die Auftraggeberin zu zahlen. Die Vertragsstrafe ist der Höhe nach auf insgesamt 5 % der Auftragssumme begrenzt. Die Vertragsstrafe kann bis zur Vorlage eines Nachweises, dass die Anforderungen erfüllt werden bzw. die Zusagen eingehalten werden geltend gemacht werden. Etwaige Schadensersatzansprüche der Auftraggeberin werden auf die verwirkte Vertragsstrafe angerechnet.
2. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die technischen und organisatorischen Voraussetzungen für den Aufbau und Betrieb eines Energy-Sharing-Subbilanzkreises gemäß den Vorgaben des § 42c EnWG in der jeweils gültigen Fassung fristgerecht bereitzustellen und deren Umsetzung nicht zu behindern.
Soweit der Aufbau oder Betrieb des Energy-Sharing-Subbilanzkreises aufgrund eines vom Auftragnehmer zu vertretendem Umstand ganz oder teilweise nicht möglich ist oder wesentlich beeinträchtigt wird und der Auftraggeberin hierdurch nachweislich entgangene wirtschaftliche Vorteile entstehen, ist die Auftraggeberin berechtigt, eine Vertragsstrafe geltend zu machen. Die Vertragsstrafe bemisst sich nach der rechnerisch nachweisbaren entgangenen Ersparnis aus dem geplanten Energy-Sharing-Modell.

Als Grundlage der Berechnung können insbesondere die prognostizierten Energiemengen, Eigenverbrauchsanteile sowie die kalkulierten wirtschaftlichen Vorteile des Energy-Sharing-Modell herangezogen werden.

§ 10

Erfüllungsort, Gerichtsstand

Erfüllungsort für alle Verpflichtungen aus diesem Vertrag ist Castrop-Rauxel. Als Gerichtsstand für alle Streitigkeiten aus oder im Zusammenhang mit diesem Vertrag vereinbaren die Vertragsparteien Castrop-Rauxel.

§ 11

Rechtsnachfolge

1. Beide Vertragsparteien verpflichten sich, die Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag ihrem jeweiligen Rechtsnachfolger aufzuerlegen, mit der Maßgabe, diese auch jedem weiteren Rechtsnachfolger aufzuerlegen.
2. Die Übertragung von Rechten und Pflichten auf Dritte ist nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des anderen Vertragspartners möglich. Dieser wird die Zustimmung erteilen, wenn gegen den Übernehmer keine Bedenken technischer, finanzieller oder sicherheitsrelevanter Art bei der ordnungsgemäßen Erfüllung dieses Vertrages bestehen.

§ 12

Datenschutz

Die für die Abrechnung und sonstige Ausführung des Vertragsverhältnisses benötigten Daten werden im Sinne des Bundesdatenschutzgesetzes und der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) verarbeitet und benutzt. Diese Daten werden vom Auftragnehmer lediglich weitergegeben, soweit dieses zur Vertragserfüllung oder aufgrund gesetzlicher Vorschriften erforderlich ist. Dazu gehört auch der Austausch von Daten mit Netzbetreibern.

§ 13

Vertraulichkeit

Die Weitergabe von Informationen über dieses Vertragsverhältnis an Dritte oder die Nutzung zu Werbezwecken durch den Auftragnehmer ist nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers zulässig. Die innerbetriebliche Weitergabe und Vervielfältigung der Vertragsunterlagen bleiben hiervon unberührt.

§ 14

Vertragssprache, Schriftform

1. Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages einschließlich der Schriftformklausel bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform. Mündliche Absprachen erhalten erst Gültigkeit, wenn sie von beiden Vertragspartnern schriftlich bestätigt worden sind.
2. Abschluss, Abwicklung und Beendigung dieses Vertrages finden ausschließlich auf der Grundlage deutschen Rechts statt. Vertragssprache ist deutsch.

§ 15

Salvatorische Klausel

Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam sein oder werden, so berührt dies die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen dieses Vertrages nicht. Die Parteien verpflichten sich, unwirksame Bestimmungen durch neue Bestimmungen zu ersetzen, die der in den unwirksamen Bestimmungen enthaltenen Regelungen in rechtlich zulässiger Weise gerecht werden. Entsprechendes gilt für im Vertrag enthaltene Regelungslücken. Zur Behebung der Lücke verpflichten sich die Parteien auf eine Art und Weise hinzuwirken, die dem am nächsten kommt, was die Parteien nach dem Sinn und Zweck des Vertrages bestimmt hätten, wenn der Punkt von ihnen bedacht worden wäre.

§ 16

Zusätzliche Vertragsbedingungen

Soweit in diesem Vertrag nicht anders geregelt, gelten die beigegeführten „Zusätzliche Vertragsbedingungen (ZVB) für die Ausführung von Lieferungen und Leistungen“ sowie die „Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B), Ausgabe 2003“.

Castrop-Rauxel, den _____, den _____

Für die Auftraggeberin:

Für den *erfolgreichen Bieter*:

Rajko Kravanja
- Bürgermeister-

XXX
XXX -